

Press release**Christian-Albrechts-Universität zu Kiel****Dr. Boris Pawlowski**

12/06/2019

<http://idw-online.de/en/news728633>Cooperation agreements, Miscellaneous scientific news/publications
History / archaeology, Media and communication sciences, Social studies
transregional, national**Volksabstimmungen 1920: Demokratische Musterabstimmung oder Entzweiung einer Gesellschaft?****Das Land Schleswig-Holstein erinnert an 100 Jahre deutsch-dänische Grenzziehung. Regionalgeschichte der Uni Kiel blickt zurück und bietet zahlreiche Veranstaltungsformate an.**

Im Jahr 2020 sind seit den Volksabstimmungen zur deutsch-dänischen Grenzziehung 100 Jahre vergangen. Die Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) nimmt dieses Jubiläum zum Anlass, um einen kritischen Blick auf die Umstände der damaligen Volksabstimmungen sowie auf die Situation in beiden Ländern vor, während und nach der Grenzfestlegung zu werfen. „Die Umstände der Abstimmungen von 1920 waren alles andere als reibungslos“, weiß Professor Oliver Auge von der CAU. „Weite Teile der deutschen Bevölkerung fühlten sich durch den Versailler Vertrag ungerecht behandelt. Die Menschen litten unter den Folgen des Ersten Weltkrieges, an Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger. Und die Modalitäten der Volksabstimmungen waren nicht unbedingt zugunsten der deutschen Seite ausgestaltet“, so der Historiker.

Kern der damaligen Entscheidung war die Zuordnung Nordschleswigs zu Dänemark. Die dänische Seite entschied die Volksabstimmungen für sich und feierte das Ergebnis als Wiedervereinigung von Teilen des einstigen Herzogtums mit dem Mutterland. Das Gebiet hatte seit dem Deutsch-Dänischen Krieg 1864 zu Deutschland gehört, die Grenzziehung war 1907 von Dänemark bestätigt worden. „Entsprechend geteilt waren die Bewohnerinnen und Bewohner der Grenzregion, als es nach dem Ersten Weltkrieg eine erneute Entscheidung über den Verlauf der Grenze geben sollte“, berichtet Auge. Abgestimmt wurde in zwei Zonen: Während in Mittelschleswig als einer Abstimmungszone (II) mehrheitlich für einen Verbleib bei Deutschland gestimmt wurde, war Nordschleswig als erste Abstimmungszone im Innern zerrissen. In einem Teil der Städte wie Tondern wollte man die bestehende Grenzziehung überwiegend beibehalten, die deutliche größere ländliche Region fühlte sich Dänemark zugehörig. „Das gab den Ausschlag für den Ausgang der Volksabstimmung in dieser Abstimmungszone, denn hier wurden die Stimmen en bloc gewertet. Wegen der Gesamtmehrheit der Stimmen pro Dänemark fiel dieser Teil der dänischen Seite zu. Die reine Auszählung der einzelnen Stimmen hätte wohl zum Teil, vor allem im Süden Nordschleswigs, einen anderen Abstimmungsausgang bedeutet“, so Auge

Mit einer Vortragsreihe an wechselnden Orten in Schleswig-Holstein und Dänemark samt Podiumsdiskussion, einer Ausstellung die mit Geschichtsstudentinnen und -studenten entwickelt wurde, einer öffentlichen, deutsch-dänischen Tagung in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung in Berlin sowie mit einer deutsch-dänischen Sommerschule steuert das Team um Regionalhistoriker Professor Oliver Auge wissenschaftliche Einblicke und neue Perspektiven zum Landesprogramm bei.

Vortragsreihe: „Regional oder national? Sichtweisen auf 100 Jahre deutsch-dänische Grenze 1920–2020“

Am 11. Dezember präsentiert Professor Thomas Steensen, Vorsitzender der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und zuvor langjähriger Direktor des Nordfriisk Instituut, „Die Friesen – eine ‚vergessene Minderheit‘?“ Weitere Vorträge über die Bonn-Kopenhagener Erklärungen oder 70 Jahre Grenzfriedensbund folgen bis zu einem Doppelvortrag am 4. März über den Kulturkampf an der Königsau und die Bedeutung der Grenze für Schleswig-Holstein. Im März 2020 schließt die Reihe im Kieler Landeshaus mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion.

Die Vortragsreihe wird veranstaltet durch: Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein und dem ADS Grenzfriedensbund

Programm und Details:

www.uni-kiel.de/de/universitaet/detailansicht/news/304-grenze

Ausstellung: „Kieler Perspektiven auf die Volksabstimmungen von 1920“

Gibt es nach 100 Jahren Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark neue Erkenntnisse über die damalige Entscheidung? Die Antworten auf diese Frage präsentiert das Historische Seminar im Rahmen einer Ausstellung. Mit ihren „Kieler Perspektiven auf die Volksabstimmungen von 1920“ rücken die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammen mit Kieler Studierenden die Landeshauptstadt selbst in den Fokus. Während bisherige Forschungsansätze die Grenzregion im engeren Sinne, die Belange der betroffenen Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze oder das Verhältnis beider Staaten zwischen zwei Weltkriegen analysierten, geriet die Bedeutung der Volksabstimmungen für die Stadt Kiel aus dem Blick. Eröffnet wird die Ausstellung am 10. Februar 2020 in der Förde Sparkasse Kiel durch Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer und den Vorsitzenden der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte Rolf Fischer.

„Die unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen waren hier vertreten. Kiel fungierte als kulturelles und wissenschaftliches Zentrum Schleswig-Holsteins, und hier wurden die politischen Entscheidungen getroffen“, erklärt Caroline E. Weber, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung für Regionalgeschichte. „Da ist es nicht überraschend, dass in der Kieler Presse der Wahlkampf von Dänen und ‘Dänenfreunden’ genauso wortgewaltig geführt wurde, wie von deutscher Seite“, so Weber. „Wahlkampagnen und Berichterstattung in der Kieler Presse sollten über die Stadtgrenzen hinaus ihre Wirkung entfalten. Botschaften auf dem Suchsdorfer Notgeld richteten sich auch explizit an die eigene Gemeinde“, ergänzt die Wissenschaftlerin. Zeugnisse dieses Wahlkampfes in der Presse und über Marketingmaßnahmen werden in der Ausstellung gezeigt, dazu zählen beispielsweise Notgeldscheine über 25 Pfennig.

Kieler Bürgerinnen und Bürger, die im Abstimmungsgebiet geboren und mindestens 20 Jahre alt waren, konnten ebenfalls ihre Stimme abgeben. Die Volksabstimmungen gehörten nach der Wahl der Nationalversammlung von 1919 zu den ersten Ereignissen, bei denen Frauen ihr neu gewonnenes Wahlrecht ausüben konnten. Der Antrag der Kielerin Margaretha Specht auf Eintragung in die Liste der Stimmberechtigten wird ebenfalls in der Ausstellung gezeigt.

Insgesamt 11 Schlaglichter haben die Geschichtsstudentinnen und -studenten für die Ausstellung aufbereitet. „Die Anfangsgeschichte meiner eigenen Professur ist eines davon“, berichtet Oliver Auge. Der Abstimmungskampf habe in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung den Wunsch geweckt, die eigene Landesgeschichte zu bewahren und eine identitätsstiftende Institution zu etablieren, so Auge: „Das Ergebnis war die Schaffung einer ‘Grenzkampfprofessur’ an der Kieler Universität. Der Theologe und gebürtige Nordschleswiger Otto Scheel wurde für diesen Geschichtslehrstuhl ausgewählt. Die preußische Regierung versprach sich von seiner Berufung einen wichtigen Beitrag zu einer baldigen Grenzrevision. Scheel nahm diese politische Aufgabe bereitwillig an.“

Weitere Themen der Ausstellung sind:

- Die Grenze im Nationalsozialismus
- Deutsch-dänische Beziehungen nach 1945
- Die “Kieler Erklärungen” und die “Bonn-Kopenhagener Erklärungen”

- Wissenschaft und Kultur
- Der Südschleswigsche Wählerbund
- Das dänische Honorarkonsulat in Kiel
- Die Deutsch-Dänische Gesellschaft e.V.

Das Wichtigste in Kürze:

Die Ausstellung wurde in einem Projektseminar der Abteilung für Regionalgeschichte an der Kieler Universität von Masterstudierenden erarbeitet, unter Leitung von Professor Oliver Auge und Caroline E. Weber und in Zusammenarbeit mit dem Königlich Dänischen Honorarkonsulat in Kiel.

Ausstellungseröffnung: 10. Februar 2020

Zeitraum: ca. vier Wochen

Ort: Fördesparkasse, Lorentzendamm 28-30, 24103 Kiel

Öffnungszeiten: Mo-Do: 09:00-18:00 Uhr / Fr.: 09:00-16:00 Uhr

Tagung: „Handlungsspielräume und Narrative in der deutsch-dänischen Grenzregion seit 1920“

Die deutsch-dänische Grenzziehung von 1920 ist nicht nur ein relevantes Thema für die Grenzregion. Sowohl regionales Bewusstsein als auch nationale Entscheidungen spielten entscheidende Rollen. Darauf soll der erste von drei Schwerpunkten einer öffentlichen Tagung in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund liegen. Am 5. und 6. Mai 2020 sind alle Interessierten zur Teilnahme eingeladen.

Der zweite Schwerpunkt der Tagung liegt auf den Minderheiten der Grenzregion. Nicht selten wurden im Europa des 20. Jahrhunderts die zahlreichen Minderheiten von der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung mit Misstrauen bedacht und des Separatismus' verdächtigt. Dänische und friesische Minderheiten in Deutschland und deutsche Minderheit in Dänemark hatten zu beiden Seiten vergleichbare Hürden zu nehmen, nicht zuletzt die Zusicherung demokratischer Rechte, die erst 1949 auf deutscher Seite durch die Kieler Erklärung geregelt wurde. Mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 erhielten die Minderheiten beiderseits der Staatsgrenze Rechtssicherheit.

Abgeschlossen wird der erste Tagungstag am 5. Mai mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema „Gemeinsam über Grenzen! Stand und Perspektiven der deutsch-dänischen Nachbarschaft“. Die Podiumsdiskussion wird gemeinsam mit der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund veranstaltet. Das Grußwort hält Friis Arne Petersen, Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland. Der dritte Tagungsschwerpunkt findet schließlich zum Thema „Bürgerkrieg und Plebiszit in europäischen Grenzregionen“ statt.

Zum ausführlichen Tagungsprogramm:
<http://bit.ly/tagung-dd-grenzregion>

Deutsch-Dänische Sommeruniversität

Seit zehn Jahren findet die deutsch-dänische Sommeruniversität mit regionalen Partnern aus Wissenschaft, Kultur und Politik statt und die Abteilung für Regionalgeschichte ist im Jahr 2020 erneut Mitorganisatorin. Anlässlich der 100-jährigen Grenzziehung findet die Veranstaltung im August 2020 zum Thema Volksabstimmungen statt. Auge: „Das Besondere an dieser Sommeruniversität ist, dass sie nicht nur von dänischen Germanistikstudierenden und deutschen Geschichtsstudierenden besucht wird. Unter den 40 bis 50 Teilnehmenden sind auch viele europäische Studentinnen und Studenten aller Fachrichtungen. Sie weiten den Blick aller Beteiligten. Die Sommerschulen sind ein wichtiger und bewährter Beitrag zur internationalen Sichtbarkeit der Lehre unserer CAU. Wir hoffen, dass wir im Zuge der Neugestaltung des HSP auch künftig die Personalressourcen haben, um die Sommerschulen durchführen zu können.“

Die Sommeruniversität wird vom Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, dem Internationalen Wirtschaftskommunikationsstudium (Negot) und dem Zentrum für Grenzregionsstudien der Süddänischen Universität, der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig und der Ausländerförderung der Konrad-Adenauer Stiftung organisiert. Weitere Partner der vergangenen Jahre waren etwa die Europa-Universität Flensburg, das Institut für Hessische Landesgeschichte der Universität Marburg und der Bund Deutscher Nordschleswiger. Regelmäßig wurde das Format durch europäische Interreg-Fördermittel und jüngst durch das „Europaministerium“ des Landes Schleswig-Holstein unterstützt.

Die Sommeruniversität wird in deutscher und englischer Sprache durchgeführt und bietet deutschen, dänischen und internationalen Studierenden die Möglichkeit, sich nicht nur mit der Entwicklung einer lange umstrittenen, aber heute friedlichen Grenzregion in Europa auseinanderzusetzen, sondern auch die Perspektive der Studierenden aus anderen Ländern kennenzulernen.

Zum Landesprogramm:

www.schleswig-holstein.de/DDV/DE/Home/home_node.html

Bilder stehen zum Download bereit:

www.uni-kiel.de/de/pressemitteilungen/2019/386-dd-grenze.png

Die deutsch-dänische Grenze von 1920 verläuft durch das Herzogtum Schleswig.

© Jürgen Haacks, Uni Kiel

www.uni-kiel.de/de/pressemitteilungen/2019/386-notgeld-1.jpg

www.uni-kiel.de/de/pressemitteilungen/2019/386-notgeld-2.jpg

Botschaften auf dem Suchsdorfer Notgeld richteten sich mit Wahlkampfbotschaften explizit an die Gemeinde.

© Sönke Ehlert, Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel, 2010

CC BY-NC 4.0 DE

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Presse, Kommunikation und Marketing, Dr. Boris Pawlowski, Text/Redaktion: Claudia Eulitz

Postanschrift: D-24098 Kiel, Telefon: (0431) 880-2104, Telefax: (0431) 880-1355

E-Mail: presse@uv.uni-kiel.de Internet: www.uni-kiel.de Twitter: www.twitter.com/kieluni

Facebook: www.facebook.com/kieluni Instagram: www.instagram.com/kieluni

URL for press release: <http://www.uni-kiel.de/de/detailansicht/news/386-dd-grenzjubilaem>